

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,**

Der Haushaltsplan für das Jahr 2013 beinhaltet unter anderem folgende Eckwerte:

- **Eine positive Zuführung zum Vermögenshaushalt von 76.000 €, Stand September 2012, und endgültig 565.000 €, Stand: 28. Dezember 2012**
- **Eine Zuführung zur allgemeinen Rücklage von 325.000 €, Stand September 2012, bzw. endgültig eine Entnahme von 958.000 €, Stand: 28. Dezember 2012 aufgrund der Übernahme eines Teildarlehens vom Abwasserzweckverband**
- **Eine Kreditaufnahme von Null Euro!**

Diese Zahlen sollte man sich, nach den vergangenen Jahren, im Munde zergehen lassen!

Man erinnere sich:

1. Im Plan für 2009 war eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 1,5 Mio. € sowie 2010 eine sogenannte „negative Zuführung“ vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt vorgesehen. Wesentliche Gründe dafür waren die stark gesunkenen Anteile aus den Bundes- und Landessteuern. Auch der vom privaten Erschließungsträger im Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ vertraglich vereinbarte Rückkauf der bis dato unveräußerten Grundstücke musste, einschließlich Zinsen, mit 3,4 Mio. € kreditfinanziert werden.
In einem erforderlich gewordenen Nachtragshaushalt für 2010 mussten Zinsausgaben für das Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ von 1,1 Mio. € , die bisher als „Investitionen“ im Vermögenshaushalt gebucht waren, als a.o. Zinsen in den Verwaltungshaushalt umgebucht, und die Zuführung zum Verwaltungshaushalt entsprechend erhöht werden.
Weitere Investitionen in 2010 mussten auf das absolut notwendige reduziert werden.
Der Haushalt konnte bei der Vorlage an die Aufsichtsbehörde (Landratsamt) nur mit Mühe genehmigungsfähig gemacht werden, weil eine Finanzierung von Ausgaben des laufenden Verwaltungshaushalts mit einer Kreditaufnahme bekanntlich nicht zulässig ist.
2. Ende 2010 drehte sich der Wind. Die ursprünglich geplante negative Zuführung von 2,37 Mio. € vom Vermögenshaushalt zur Deckung des Verwaltungshaushaltes wurde zunächst nur noch in Höhe von 395.000 € erforderlich. Und der Haushalt 2011 schloss, Stand 10.12.2012, durch höhere Steuereinnahmen und geringere Ausgaben genau umgekehrt, nämlich mit einer positiven Zuführung zum Vermögenshaushalt von 1,274 Mio. € ab. Daher

war es möglich, der allgemeinen Rücklage 2,358.Mio. € zuzuführen. Deren Stand beträgt nun 2,707 Mio. €.

Auch die geplante Kreditaufnahme wurde um 720.000 € wesentlich verringert.

3. In 2012 wurde unter anderem die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von 155.000 € auf ca. 1 Mio. € erhöht. Auf die geplante Kreditaufnahme in Höhe von ca. 1 Mio. € konnte im Gegenzug verzichtet werden.
4. Für den nun vorgelegten Haushaltsplan 2013 lässt die Haushaltslage sogar Investitionen von 1 Mio. € ohne Kreditfinanzierung zu.
Eine an sich vorgesehene Zuführung zum Vermögenshaushalt (von ursprünglich 325.000 €) ist nur deshalb wiederum zu einer Entnahme umgewandelt, weil damit die Übernahme eines Teildarlehens vom Abwasserzweckverband finanziert wurde. Damit wird zugleich eine Bezuschussung dieses Darlehens verfolgt.

Diese überaus erfreuliche Entwicklung hatte in erster Linie folgende Ursachen:

1. Kräftig, vor allem konjunkturbedingt gestiegene Steueranteile der Bundes- und Landessteuern
2. Wesentliche Erhöhung des Landesanteils an den Betriebskosten für die Kindertagesstätten nach dem Regierungswechsel in Stuttgart
3. Anpassungen kommunaler Steuern und Gebühren
4. Untergeordnet durch erfolgte Konsolidierungsmaßnahmen der Gemeinde, Investitionsverschiebungen auf Folgejahre – teilweise wurden Einsparungen jedoch umgehend wieder durch neue Kostenerhöhungen oder neue Freiwilligkeitsleistungen (Zuschüsse etc.) neutralisiert.

Die Gemeinde hat diese positive Entwicklung sowohl durch eigene Anstrengungen, **hauptsächlich** jedoch durch äußere Einflussfaktoren erreicht. Ohne diese wäre diese positive Entwicklung absolut undenkbar gewesen.

Zum Haushalt des Kalenderjahres 2013:

Für die Finanzierung des Gesamthaushalts 2013 sind unter anderem Veräußerungserlöse aus neuen Baugebieten vorgesehen. Das Neubaugebiet Moorblick umfasst 66 zu verkaufende Grundstücke. So erfreulich diese zu erwartenden Erlöse auch sind, muss die Frage weiterhin gestattet sein, was wäre, wenn diese außerordentlichen Einnahmen einmal nicht mehr kommen?

Oder wenn, wie zu erwarten, in den Folgejahren keine weiteren Baugebiete mit Einmal Erlösen mehr ausgewiesen werden?

Oder wenn einfach die anteiligen Steuerzuflüsse von Bund und Land, aus welchen Gründen auch immer, vermindert fließen?

Die noch unter dem vorigen Bürgermeister zwangsweise zurückerworbenen Baugrundstücke im Baugebiet „Südlich der Ringstraße“ konnten zwischenzeitlich aufgrund verstärkter Bemühungen und Verhandlungen der aktuellen Verwaltung verkauft werden. Die Rückkaufsverpflichtung der Gemeinde gegenüber dem privaten Erschließungsträger zwang die Gemeinde 2010 zur außerordentlichen Schuldensteigerung um 2,3 Mio. Euro.

Die WBB-Fraktion fragt sich nach wie vor, warum die daraus resultierenden Mehreinnahmen einfach den normalen Haushalt stützen, und damit nicht zweckgebunden genau diese Kredite getilgt werden? Selbstverständlich benötigt die Verwaltung Liquidität, und die niedrigen Zinsen verlocken nicht zu einer Rückzahlung. Dennoch sind wir der Ansicht, Null Zinsen sind günstiger als niedrige Zinsen!

Ebenso wurde die außerordentliche Rückerstattung von 0,5 Mio. € aus dem bereits Dezember 2001 (!) fertiggestellten Projekt „Bahnunterführung Kärcher“ irgendwann von der Gemeinde vorfinanziert. Ob diese Finanzierung damals per Kredit oder auf Kosten anderer Desinvestitionen geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Auch hier wäre ebenfalls eine außerordentliche Tilgung unserer Kredite möglich gewesen.

In beiden Fällen wird die Gesamtverschuldung der Gemeinde ohne Notwendigkeit erhöht, bzw. nicht zweckbestimmt reduziert. Das kritisieren wir!

Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass nach wie vor weitere Konsolidierungsbemühungen erforderlich sind. Die Verwaltungsausgaben müssen unabhängig von konjunkturellen Einnahmeschwankungen und Einmalerelösen dauerhaft ausschließlich durch Verwaltungseinnahmen gedeckt werden. Daher sind bis auf wenige Ausnahmen für freiwillige Leistungen, Zuschüsse etc. weiterhin keine oder nur sehr eingeschränkte Spielräume vorhanden. Wenn es manchen Fraktionen auch schwerfallen mag, auch nicht vor einer Kommunalwahl 2014.

Ausgenommen, und das betont unsere Fraktion ganz deutlich, ist weiterhin die Vereinsförderung, sowie unsere Ausgaben für Jugendzentrum und Jugendhilfe, auch wenn es bei den beiden letztgenannten Positionen mit Sicherheit ordentliche Optimierungsmöglichkeiten gibt. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement, denn ohne dieses würde unsere Gesellschaft und insbesondere auch unsere Gemeinde, sehr verarmen – und dies nicht nur in materieller Hinsicht!

Die dem Gemeinderat in den ersten Tagen des neuen Jahres für den Haushalt 2013 vorgelegten „wesentlichen Positionen“ zeugen kaum etwas von einer Konsolidierungsbemühung.

Große Investitionsmöglichkeiten der nächsten Jahre:

Große und kostenträchtige Projekte, auch wenn einige unabdingbar sind, stehen im Fokus der nächsten Jahre, auszugswise seien nur einige davon nachfolgend genannt:

- Die nach wie vor im Raum stehende, vorzeitige Erbpacht ablöse für das TSV Vereinsheim (ca. 300.000 €)
- Die vom Bürgermeister forcierte Sportstättenentwicklung im Bereich des künftigen Freizeitareals an der Walzbachhalle (ca. 400.000 €).

Hier verweisen wir als Lösungsansatz einmal mehr auf unseren inhaltlich immer noch nicht behandelten Antrag vom Juli 2012, der seit einem halben Jahr unbehandelt in der Schublade der Verwaltung schlummert. Wir fordern die Verwaltung auf, angesichts weiterhin sehr wahrscheinlich überschaubaren jährlichen Nutzungszeiten durch Schule oder Vereine, die von der Stadt Stutensee schon vor mehreren Jahren geäußerte Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung der Großsportanlage am Schulzentrum Blankenloch in Form einer fixierten interkommunalen Zusammenarbeit ernsthaft zu prüfen. Da die geplante Anlage auch weiterhin nicht in der Nähe der künftigen Gemeinschaftsschule liegt, wird sich keine verstärkte Nutzung ergeben, die eine solche Investition rechtfertigt.

- Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Bundesautobahn 5 (Wand 3,0 Mio. €; Wall 1,6 Mio. €)
- Die Neubauten für Kindergärten und Kindertagesstätten, z.B. in der Waldbrücke (ca. 2,0 Mio €, Höhe der Zuschüsse noch unbekannt)

- Ein Verkehrskreisel im Bereich der Hefenbrücke, mit Anbindung des neuen Gewerbegebietes und einer kostenintensiven Lösung der Radwegquerungsproblematik (bis 1,2 Mio. €)
- Die Anbindung vorhandener Ortsstraßen an die Südrandstraße, mögliche Mehrkosten bei der Realisierung der „Häcker“-Unterführung (Kostenrahmen unbekannt)
- Sanierungsausgaben Rathaus (Kostenrahmen unbekannt)
- den zeitgemäßen Um- und Neubau des Feuerwehrgerätehauses (750.000 € - bereits 2010 wurde sechsstellige Summe für energetische Maßnahmen investiert)
- Überquerungshilfe B3 Ortseingang Weingarten aus Untergrombach kommend, auch zur Geschwindigkeitsreduzierung (ca. 100.000 €)
- Vorfinanzierung für Erschließungen Kirchberg-Mittelweg, Moorblick, TSV-Gelände Waldbrücke etc. (Kostenrahmen unbekannt, jedoch im Mio.-Bereich)
- Erschließungsvorleistungen Gewerbegebiet Sandfeld (Kostenrahmen noch unbekannt)
- Straßenbaumaßnahmen Burgstraße (Kostenanteil unbekannt)
- Umbau Friedhofskapelle mit behindertengerechter Toilette

Hinzu kommen exorbitante Investitionen innerhalb der Eigenbetriebe, beispielsweise für den Neubau der Hochbehälter (ca. 3,5 Mio. €, Stand 2010), oder Ausgaben für die angedachte Regenwasserkonzeption. Und nebenbei liegt die letzte Generalsanierung des Walzbachbades schon über 20 Jahre zurück, ganz zu schweigen von dem ursprünglichen Wunsch eines Teils des Gemeinderates, die Freibadverlagerung eines Tages auch tatsächlich abschließend zu verwirklichen. Hierfür sieht die vorgestellte Freibadstudie mit Stand 2010 einen Investitionsbedarf von über 5 Mio. € vor (*Details siehe auch WBB-Frühstückszeitung Nr. 28 unter <http://www.wbbweingarten.de/publikationenfruehstueckszeitung/fruehstueckszeitung/>*)

Last but not least muss bei der Zusammenstellung der Personalkosten (Seite 24) die Frage erlaubt sein, ob die Verringerung um 40.000 € gegenüber 2012 sich genau mit Personalkosten deckt, die jetzt durch Outsourcing an anderer Stelle als sächlicher Aufwand wieder auftauchen. Man muss sich dann fragen, ob diese Art der Darstellung künftig dazu führt, dass die im Haushaltsplan beschriebenen Kosten durch Umbenennungen oder andere Techniken nicht mehr das sind, was sie in Wirklichkeit sein sollen. Zur Transparenz in einem der größten Haushaltsposten, den Personalausgaben, trägt diese Methode jedenfalls nicht bei.

Verschuldung:

Bei der Gesamtverschuldung der Gemeinde ist die Verschuldung der Eigenbetriebe leicht angestiegen und bei dem Gemeindehaushalt leicht zurückgegangen. Die Gesamtverschuldung entspricht der bereits in 2011 angenommenen Erwartung, sollte aber, nach Ansicht der WBB-Fraktion, stärker als bisher zurückgeführt werden. Die Umwandlung in Eigenbetriebe von Bauhof und Abwasserentsorgung führen zu besserer Transparenz des Gesamthaushalts. Sie werden von der WBB mitgetragen, ebenso die Übernahme eines Teildarlehens vom Abwasserzweckverband in den Gemeindehaushalt. Durch diese Bilanzierung erhöhen wir deutlich die Chance, zusätzliche Fördergelder aus dem mit dem Ausgleichsstock des Landes zu erhalten.

WBB für Lösungsansätze der Haushaltskonsolidierung bereit

Die WBB hatte sich 1994 maßgeblich aufgrund der damaligen Haushaltsschiefelage gegründet und in den ganzen Jahren immer mahnend den Finger erhoben, einen Einklang zwischen Einnahmen, Ausgaben und langfristigen Kostenbetrachtungen im Verhältnis zu sehen. Wir sind weiterhin für jegliche Lösungsansätze offen, die dem Ziel einer weiteren Haushaltskonsolidierung dienen. Daher warnt die WBB-Fraktion eindringlich vor zu viel Optimismus und Übermut, was die Betrachtung des Haushaltes angeht. Ebenso traditionell steigende Begehrlichkeiten und Versprechungen vor einer Kommunalwahl, die im Juni 2014 wieder ins Haus steht.

Die WBB-Fraktion nimmt Stellung zu Einzelmaßnahmen:

1. Schule, Kernzeitbetreuung, Schulturnhalle:

Im Bereich der Schule schlugen in den vergangenen Jahren vor allem Investitionen für die Einrichtung der Mensa zu Buche. Erhebliche Instandsetzungen, ein angedachter Umbau der Aula, sowie zusätzliche Baumaßnahmen für die Gemeinschaftsschule verlangen viele Finanzmittel. Hier kommen weitere Kosten im Rahmen der Inklusion hinzu, als unmittelbare Folgen der, von der Landesregierung per Dekret beschlossenen Integrierung behinderter Kinder. Diese Kosten sind noch völlig unabsehbar.

Weitere zusätzliche Ausgaben erfordert auch die Ganztagsbetreuung von Schülern durch die langfristige Anmietung von Räumlichkeiten in der Bahnhofstr. 7.

Es ist wertungsfrei festzustellen, dass der gesamte Bereich „Schule“ zusammen mit dem Bereich „Kindertagesstätten und Kindergärten“ neben den allgemeinen Personalkosten die mit Abstand größten Kostenblöcke in den Haushalten der Gemeinde Weingarten darstellen

2. Kinderbetreuung: Kindertageskrippen & Kindergartenplätze

Bei den Kindergärten wird in der „Waldbrücke“ eine dritte Gruppe eingerichtet. Der jetzige Altbau wird durch einen Erweiterungsneubau ersetzt. Wir erhoffen uns eine erhebliche Bezuschussung aus dem Landes-Ausgleichsstock.

Eine weitere Kindertagesstätte-Gruppe (entsprechende Nachfragen liegen vor) muss geschaffen werden, um die gesetzliche Auflage, ab Sommer 2013 jedem Kind ab dem zweiten. Lebensjahr einen solchen Platz bereitzuhalten, erfüllen zu können.

Hier freuen wir uns über die vor Jahresfrist präsentierte Lösung der Verwaltung, das ehemalige Musterhaus in Holzbauweise im Bereich Kehrwiesen zu erwerben. Hier wurden erfolgreich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, eine kurzfristige Lösung der Raumproblematik, verbunden mit der Möglichkeit, das Gelände langfristig einer ursprünglich angedachten gewerblichen Nutzung zuzuführen.

Aus der Mitte des Gemeinderates kam bereits häufiger der Hinweis, dass das finanzielle Engagement der Gemeinde für den Bereich „Kinderbetreuung“ im Verhältnis zu anderen Personengruppen in unserem Dorf, beispielsweise unsere Senioren, besorgniserregende Ausmaße annimmt. Letztlich sind jedoch diese beiden Gruppen hinsichtlich des finanziellen Engagements nicht ohne weiteres vergleichbar. Die WBB-Fraktion steht zu diesem, nicht nur gesetzlichen, sondern auch gesellschaftlichen Anspruch!

Es muss dennoch der Hinweis erlaubt sein, dass der Gemeinde nach wie vor nicht die, für die Umsetzung der neuen Gesetzesauflage vollumfänglichen finanziellen Mittel, zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft im Übrigen alle Kommunen landauf, landab. Diesen Spagat für alle Beteiligten halbwegs zu überbrücken ist fast unmöglich. Hier bitten wir insbesondere die Eltern dieser Kinder um Verständnis und Geduld!

3. Neubaugebiet „Moorblick“

Das neue Baugebiet „Moorblick“ geht nun in die Realisierungsphase. Direkt im Anschluss an das Baugebiet wird das neue TSV-Vereinsheim entstehen. Gleichzeitig wird das alte

Sportgelände in der Waldbrücke für eine mittelfristige Wohnbebauung freigemacht. Die WBB freut sich über die Entwicklung eines der hochwertigsten Baugebiete, die unser Dorf jemals bekommen hat.

Ebenso stand die WBB-Fraktion seit Beginn der Überlegungen in den Jahren 2006/2007 klar hinter den Verlagerungsabsichten des TSV. Allerdings mit der Einschränkung, dass das ursprünglich avisierte Gelände direkt beim Neubaugebiet erhebliche Nutzungskonflikte zwischen Anwohnern und Gaststätten/Vereinsheimnutzung mit sich brächte. Das haben wir von Beginn an deutlich gemacht und hatten dies auch in mehreren Gesprächen mit den Anwohnern erörtert!

Aus diesem Grund stellte die WBB im Juli 2012 einen Antrag, eine städtebauliche Rahmenkonzeption für den Bereich Festplatz/Walzbachhalle/Freibad zu erarbeiten. Wesentliches Element soll die künftige Ansiedlung des TSV in diesem Bereich sein, also die Abkehr von einer Ansiedlung in direkter Nachbarschaft zur Wohnbebauung. Aus Sicht der WBB-Fraktion ergeben sich für Verein und Gemeinde ausschließlich Vorteile, die angesprochenen Nutzungskonflikte wären direkt gelöst. Der genaue Inhalt des Antrags vom 20.07.2012 kann unserer Homepage (www.wbb-weingarten.de) unter der Rubrik „Kommunalpolitik/WBB-Anträge“ entnommen werden.

Wir freuen uns daher sehr, dass nach anfänglichen größeren Bedenken - auch von Vereinsseite - quasi in letzter Minute der gesamte Gemeinderat einstimmig unsere Argumente teilte und den Weg für eine künftige Ansiedlung im Bereich des jetzigen DFB-Spielfeldes/Abenteuerspielplatz freimachte. Eine Umplanung des schon fast fertig gestellten Bebauungsplanes „Moorblick“ war hierfür erforderlich. Die geringe Zeitverzögerung sollte jedoch für solch ein Vorhaben dieser Größenordnung eine untergeordnete Rolle spielen.

Auch der Verein ist mittlerweile von dieser Lösung überzeugt, so dass bis auf den Beschluss der endgültigen Erbpachtblöse einer Verlagerung von Seiten der Gemeinde nun nichts mehr im Wege steht.

Daher auch an dieser Stelle nochmals ein ausdrückliches Lob an das gesamte Gremium und die Verwaltung, aber insbesondere auch an die Vorstandschaft des TSV für die Bereitschaft, eine bereits fast vollendete Planung nochmals zu überarbeiten.

4. Bauerwartungsland Waldbrücke-Süd

Das Bauerwartungsland „Waldbrücke Süd“ (altes TSV – Gelände) wird mittelfristig (unsere Fraktion definiert „mittelfristig“ im Bereich der Jahre 2016-2025) nach unserer Ansicht das letzte größere, zusammenhängende Neubaugebiet.

Sofern auch hier aus dem Erlös von Bauplätzen (das alte TSV-Gelände steht im Eigentum der Gemeinde) wieder eine Finanzierung des Verwaltungshaushalts vorgesehen ist, meldet die WBB bereits jetzt ihren ausdrücklichen Vorbehalt an!

5. Gewerbegebiet Höhefeld/Breitwiesen“

Für das in den vergangenen Jahrzehnten wie ein Sporn in die nördliche Umgebung angesiedelte Gewerbegebiet „Höhefeld/Breitwiesen“ ist mittel- und langfristig eine zukunftstaugliche Verkehrsanbindung kaum zu realisieren, geschweige denn zu finanzieren. Den Schutz der leidgeprüften Anlieger, vor allem entlang der Burg- und Höhefeldstraße, sowie den Schutz der Breitwiesen als Naherholungsgebiet stuft die WBB-Fraktion deutlich höher ein, als kurzfristig Betriebsverdoppelungen oder gar Neuansiedlungen zu unterstützen. Die Klärung der Verkehrsströme ist elementar und nachhaltig vor der Schaffung weiterer Fakten, sprich Bebauungen zu erledigen.

6. Südrandstraße

Ein wichtiges und zukunftssträchtiges Vorhaben für die Gemeinde ist die Realisierung der Südrandstraße. Neben vielen Bekundungen wurde nach einem Antrag der WBB-Fraktion 2011 auch formell ein offizieller Gemeinderatsbeschluss gefasst, der ausschließlich ein Unterführungsbauwerk im Bereich des jetzigen Bahnübergangs „Häcker“ vorsieht. Eine angemessene Reaktion der planenden Behörde steht unseres Erachtens bis zum heutigen

Tage aus. Die genannten Mehrkosten von über 7 Mio. € zweifelt die WBB-Fraktion weiterhin an und legte auch entsprechende Gegenbeweise zwischenzeitlich vor.
Die WBB bleibt bei ihrer Aussage, die Straße bei einem Brückenbauwerk im gesamten Umfang abzulehnen!

7. Änderung des Bebauungsplanes Höhefeld (Rosenstraße/Silcherstraße/Nelkenweg)

Mehrfach wurde das Gremium mit Bauanträgen in diesem Bereich konfrontiert, die grundsätzliche Züge des Bebauungsplanes schlichtweg ignorieren. Hierfür fehlt uns jegliches Verständnis seitens der Planeinreicher!

Letztlich wurde scheinbar eine Lücke im Bebauungsplan gefunden, der ein großformatiges Bauobjekt in zweiter Reihe ermöglicht hätte. Die damalige Informationsveranstaltung für die Grundstückseigentümer sowie Protokolle des Gemeinderates belegen jedoch deutlich, dass lediglich Ein- oder Zweifamilienhäuser untergeordnet zur Vorderfront in zweiter Reihe entstehen sollten. Vor Jahren vielleicht noch undenkbar, griff auch hier der Gemeinderat einstimmig zur Notbremse und korrigierte nun im Rahmen einer Bebauungsplanänderung fehlende Festsetzungen.

Unsere Fraktion ist sehr erfreut, dass bei solchen elementaren Entscheidungen, die auch mögliche Schadensersatzansprüche beinhalten, zwischenzeitlich nach unseren Vorstellungen Konsens und Einigkeit im Rat herrschen.

Wir sagen Danke!

Der Vorstand und die Gemeinderatsfraktion der WBB danken der gesamten Verwaltung sowie dem Bauhof für ihren großen Einsatz im abgelaufenen Jahr, insbesondere Herrn Rechnungsamtsleiter Norbert Bittner und Herrn Bürgermeister Bänziger bei der Erstellung des neuen Haushalts. Ebenfalls danken wir allen ehrenamtlich Tätigen, die sich in unterschiedlicher Form für die Gemeinschaft einbringen, in Vereinen, namentlich besonders in der Feuerwehr, DLRG oder dem Roten Kreuz.

Die WBB-Fraktion stimmt der vorgelegten Haushaltssatzung einschließlich der Pläne der Eigenbetriebe sowie deren Wirtschaftsplänen für das Haushaltsjahr 2013 zu!

Anmerken möchte ich Namens meiner Fraktion noch, dass im Gemeinderat die Streitkultur der vergangenen Jahre mehr und mehr einer lösungsorientierten Konsenskultur gewichen ist. Natürlich sagt jeder und sagt die WBB ihre Meinung, und das ist auch gut so!

Man hat erkannt, dass die großen Aufgaben der Gemeinde weniger gegeneinander, sondern nur miteinander einer Lösung zugeführt werden können.

Herzlichen Dank Ihnen allen für ihre Zusammenarbeit!